

Herbert Auinger:
Thesen: Bedingungsloses Grundeinkommen

Ausgangspunkt sind die *Erfolge bei der Standortsicherung*, umschrieben mit den Schlagworten „Deregulierung, Flexibilisierung, Prekarisierung“ – alles das, was unter Berufung auf die Sachzwänge der Globalisierung seit Jahren zwecks *Verbilligung des Faktors Arbeit* gelaufen ist und läuft; also die „Entlastung“ des Kapitals von den Arbeitskosten, durch Rationalisierung und Entlassung, durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Zusammengefasst als Figur des „working poor“ – sich mit drei verschiedenen Jobs durchschlagen müssen und davon nicht gescheit leben können.

Das hat *Folgen für den Sozialstaat* und zieht Reformen gegen das bisherige Niveau der sozialen Zuteilungen nach sich: Mit dem nationalen Gesamtlohn sinkt automatisch der von Sozialkassen umverteilte Lohnteil, die „Leistungsbezieher“ „überlasten“ die Sozialkassen. Es folgen die diversen Pensionskürzungen, Gesundheitsreformen und Verschärfungen der Zumutungen für Arbeitslose. Dieses Zurückfahren des Sozialstaates zeitigt Konsequenzen für eine andere Säule der sozialen Sicherheit, für die Sozialhilfe: Die frühere Trennung – die arbeitenden Leute leben vom Lohn und den Sozialversicherungsleistungen, ein wachsender Rest von für regelmäßige Lohnarbeit untauglichen Leuten wird per Sozialhilfe verwaltet –, die wird aufgeweicht. Lohnempfänger und „Leistungsbezieher“ werden sozialhilfeberechtigt.

Da setzt die von der Regierung projektierte „Mindestsicherung“ an. Die Sozialhilfe soll vereinheitlicht und angehoben werden. Und die bisherigen *Sozialversicherten* werden in die Mindestsicherung-Sozialhilfe geschleust, indem sie *Ausgleichszahlungen* beantragen können. Es werden also ausdrücklich nicht die *Versicherungsleistungen* erhöht, auf die man durch Einzahlungen so was wie einen moralischen Anspruch hat, sondern man darf einen staatlichen Zuschuss beantragen, ein Almosen, wenn man selber erwiesenermaßen nichts mehr hat, durch die Einrechnung des eigenen „Vermögens“ beglaubigt, oder: „Hartz IV“ auf österreichisch. Außerdem besteht natürlich Arbeitspflicht bzw. Arbeitsbereitschaftsnachweis.

Auf diese Lage bezieht sich die Forderung nach dem „bedingungslosen Grundeinkommen“. Das will eine Alternative sein zur anderen, bisher gängigen: Es wird *nicht mehr der Ruf nach Arbeit* angestimmt, durch den die Rufer so erpressbar sind – „Arbeit könnt ihr schon haben, aber nur gegen weniger Lohn!“ Die Propagandisten des Grundeinkommens sagen auf ihre Weise, dass ein Arbeitsloser *nicht Arbeit braucht, sondern Geld!* Die Begründung: *Es ist genug für alle da*. Und das ist eine falsche Theorie über den kapitalistischen Reichtum, der ist eben nicht für alle da.

Wenn ohne Gegenleistung Einkommen verteilt wird, „*wer würde dann noch arbeiten?*“ Die unmittelbare Antwort: „Natürlich niemand!“ Das Grundeinkommen soll *bedingungslos* sein, also warum sollte jemand arbeiten, *Geld verdienen* wollen, wenn er es geschenkt kriegt? Nachdem den Fans des Grundeinkommens schon klar ist, dass *diese Gesellschaft* auf dem Zwang der eigentumslosen Leute zur Lohnarbeit beruht, haben sie sich ein ernstes Problem eingehandelt: Der Reichtum dieser warenproduzierenden Gesellschaft, von dem sie so beeindruckt sind und den sie umverteilen wollen, der stammt aus dieser erzwungenen Arbeitsbereitschaft, und wenn sie mit Hilfe dieses Reichtums den Zwang zur Arbeit aushebeln, entziehen sie diesem Reichtum die Quelle. Ohne Zwang kein Reichtum, und ohne Reichtum kein Grundeinkommen. Dumm gelaufen.

Niemand arbeitet und was nun, erste Variante: Das Grundeinkommen sichert nur ein grindiges Niveau, irgendeinen kulturell-sittlich-menschenrechtlichen *Basissatz*, so dass das erzwungene Interesse an Arbeit gegen Lohn nicht verschwindet. Damit sind die Anhänger des Grundeinkommens, was dessen Höhe betrifft, erst recht wieder beim Staat und dessen Mindestsicherung angekommen: Die *Nötigung zur Arbeit* wird gebraucht und muss bleiben.

Niemand arbeitet und was nun, zweite Variante: Es werden diverse Hobbies, ehrenamtliche Tätigkeiten und *unbezahlte Notbehelfe armer Leute* (Pflege, Kinderbetreuung, Hausarbeit) erwähnt und mit dem Ehrentitel „Arbeit“ geschmückt – lauter Tätigkeiten, die einen entscheidenden Mangel haben: Sie stellen kein *Geld* her, sie liefern nichts, aus dem ein Grundeinkommen umverteilt werden könnte. Da wird zwischen sehr verschiedenen Varianten von „Arbeit“ hin- und hergeschwindelt: Einerseits die Lohnarbeit, die man kennt und die sich durch ein Ergebnis namens *Geld* auszeichnet, das beim Verkauf erlöst wird. Andererseits manch andere zweckgerichtete Anstrengung *jenseits* von Geld, Ware, Lohn, Preis und Profit. Damit haben die Freunde des Grundeinkommens unter Ignoranz aller ökonomischen Sachzwänge einer *Geldzirkulation* den Vorwurf der Anstiftung zur Faulheit entkräftet – aber auch nur diesen.

Unrentable Tätigkeiten, die nach ökonomischen Kriterien kein Geld bringen, *moralisch neu bewerten* und deswegen vom Staat mit einem Grundeinkommen bezahlen lassen, das verträgt sich schwer mit kapitalistischen Gepflogenheiten. Mit Phrasen wie – „Das Grundeinkommen weist über die kapitalistische Gesellschaft hinaus!“ – aber schon. Was denn nun? Ist das Grundeinkommen eine „reformistische“, eine systemimmanente und damit *im Kapitalismus praktikable Antwort* auf die „neue Armut“ – oder nur ein *Idealismus*, eine durch gut gemeinte, virtuelle Verbiegung kapitalistischer Zustände ausgedachte Versöhnung der neuen Armut mit ihrer Ursache, nämlich mit der Geldwirtschaft?